

Bewertung aus Sicht des Wirtschaftsrates

1 Mainzer Erklärung 2 Wachstum „Made in Germany“

Gesamtbewertung:

Mit der „Mainzer Erklärung“ will die CDU ein positives Signal setzen, dass die Zeichen der Zeit angesichts der langanhaltenden Wirtschaftskrise erkannt worden sind und die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft künftig stärker im Fokus stehen soll. Das Papier nimmt hierzu viele zentrale Vorschläge des Wirtschaftsrates auf, beispielsweise:

- Vorziehen der Körperschaftsteuerabsenkung
- Verringerung der Einkommensteuer, idealerweise auch Abschaffung des Solidaritätszuschlags
- Flexibilisierung der täglichen Höchstarbeitszeiten
- Gänzliche Abschaffung des nationalen Lieferkettengesetzes

Auf vielen entscheidenden Politikfeldern bleibt die „Mainzer Erklärung“ jedoch unkonkret, beispielsweise bei Maßnahmen zur Begrenzung der galoppierenden Sozialabgaben. So fehlt der Mut, die Erhöhung des Renteneintrittsalters oder die systematische Überprüfung von Sozialleistungen zu fordern.

So zielt die „Mainzer Erklärung“ in die richtige Richtung, mehrere entscheidende „heiße Eisen“ werden jedoch nicht angefasst.

grün – positiv aus Sicht des Wirtschaftsrates

gelb – gemischt aus Sicht des Wirtschaftsrates; Bewertung abhängig von der Ausgestaltung

rot – kritisch aus Sicht des Wirtschaftsrates

blau – zusammenfassende Bewertung aus Sicht des Wirtschaftsrates

3 Deutschland ist eine starke Volkswirtschaft, die drittgrößte Volkswirtschaft der
4 Welt. „Made in Germany“ ist weltweit gefragt. Deutsche Produkte stehen für erst-
5 klassige Qualität und Zuverlässigkeit. Das ist der Erfolg unserer Unternehmen
6 und Betriebe mit Millionen von fleißigen Beschäftigten. Gemeinsam erwirtschaf-
7 ten sie den Wohlstand, von dem wir alle leben. Mittelstand und Familienunter-
8 nehmen, Hidden Champions und Handwerk, Selbständige und freie Berufe, in-
9 novative Gründer und weltweit erfolgreiche Industrie- und Dienstleistungsunter-
10 nehmen – darauf können wir setzen, auch in schwieriger Zeit.
11 Alle Daten zeigen: Unserer Volkswirtschaft geht es nicht gut. Sie leidet schon län-
12 ger – nicht an einer konjunkturellen Krise, sondern an einer strukturellen Schwä-
13 che, die Wachstum bremst und die Wettbewerbsfähigkeit gefährdet. Die deutsche
14 Wirtschaft ist längst nicht mehr Technologieführer in allen für unseren Wohl-
15 stand zentralen Sektoren. Das dritte Jahr in Folge drohen Stagnation und Rezes-
16 sion. Die Probleme sind bekannt: hohe Steuern und immer weiter steigende So-
17 zialabgaben, fehlende Fach- und Arbeitskräfte, überbordende Bürokratie und Re-

18 gulierung, nicht wettbewerbsfähige Energiekosten. Hinzu kommt eine öffentliche Verwaltung, die ein Update braucht. Vor diesem Hintergrund müssen wir uns
19 ehrlich machen: Es braucht eine politische Kraftanstrengung, um diese Probleme
20 zu meistern und Deutschland wieder auf Wachstumskurs zu bringen. Wir müssen
21 die Bedingungen für unseren Standort verbessern. Wir müssen in die Zukunft
22 investieren. Aus Wirtschaft muss wieder Wachstum werden – für eine
23 starke Soziale Marktwirtschaft!

24
25 Die CDU-geführte Bundesregierung hat die Probleme erkannt und schnell gehandelt. Sie hat in den ersten acht Monaten bereits wichtige Entscheidungen getroffen:
26 Mit dem steuerlichen Investitionssofortprogramm ist die größte Unternehmenssteuersenkung der vergangenen 15 Jahre auf den Weg gebracht worden. Bei
27 den Energiekosten gibt es Milliarden-Entlastungen. Mit der Modernisierungsagenda
28 hat der umfassende Bürokratierückbau begonnen. Auch der Staat soll rasch agiler werden.
29 Das Bürgergeld ist Vergangenheit – damit kehren wir zum richtigen Prinzip von Fördern und Fordern zurück. Mit der Aktivrente eröffnen sich
30 neue Möglichkeiten für freiwilliges Arbeiten über das gesetzliche Renteneintrittsalter hinaus. Die Botschaft: Leistung lohnt sich wieder!

31
32 Das sind wichtige Entscheidungen gewesen. Und es sind unsere Kernforderungen,
33 die von der CDU-geführten Bundesregierung umgesetzt werden. Sie bringen unser Land und unsere Wirtschaft auf den Weg der Besserung. Aber das kann nur
34 ein Anfang sein. Denn die Wirtschaft ist noch immer nicht so leistungsfähig, wie sie es sein könnte. Wir wissen: Wenn wir unseren Wohlstand bewahren wollen,
35 wenn wir ein führendes Industrieland bleiben wollen, dann müssen wir diesen Weg in diesem Jahr konsequent weitergehen. Es muss mehr denn je gelten: Vorrang hat alles, was Wachstum schafft und die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft stärkt. Unser Ziel ist es, das Potenzialwachstum wieder auf deutlich über
36 ein Prozent zu erhöhen.

37
38 Für die CDU ist klar: **Wirtschaftswachstum ist die Grundlage für alles – für Freiheit und Frieden, für innere, äußere und soziale Sicherheit, für Zusammenhalt, für Klimaschutz, für Stabilität und Zuversicht.** Es gibt keinen Grund, den Wirtschaftsstandort abzuschreiben. Aber es gibt viele Gründe, an ihn und seine Zukunft zu glauben. Wenn wir an die deutsche Wirtschaft glauben, an die Industrie,
39 den Mittelstand, die Familienunternehmen, das Handwerk und die Beschäftigten, dann glauben wir an uns. An unser Land.

52 **Wachstum „Made in Germany“ – mit niedrigeren Steuern für Unternehmen und Betriebe!**

53
54 Deutschland muss wieder zu einem attraktiven Standort für Investitionen und Innovationen werden. Dazu muss vor allem die im internationalen Vergleich hohe Steuerbelastung für Unternehmen reduziert werden. Denn Weltspitze bei der Steuerbelastung und Weltspitze bei der Wettbewerbsfähigkeit passen auf Dauer nicht zusammen.

55
56 Die CDU-geführte Bundesregierung hat als eine der ersten Handlungen ein steuerliches Investitionssofortprogramm beschlossen:
57
58 ▪ Für Investitionen, die ab dem 1. Juli 2025 und vor dem 1. Januar 2028 getätig

- 62 werden, gilt eine degressive Abschreibung von bis zu 30 Prozent.
- 63 ▪ Ab 2028 sinkt der Körperschaftsteuersatz in fünf Jahresschritten von 15 auf
- 64 10 Prozent.
- 65 ▪ Parallel sinkt auch der Thesaurierungssteuersatz für die im Unternehmen ein-
- 66 behaltenen Gewinne schrittweise auf 25 Prozent.
- 67 ▪ **Zudem ist die Agrardieselrückvergütung wieder vollständig eingeführt. So ent-**
- 68 **lasten wir unsere landwirtschaftlichen Betriebe. Und auch die Gastronomie**
- 69 **wird mit der reduzierten Umsatzsteuer auf Speisen entlastet.**
- 70 Unser Ziel ist, Unternehmen weitergehend zu entlasten:
- 71 ▪ Sofern es die Haushaltssituation von Bund und Ländern zulässt, wollen wir die
- 72 beschlossene stufenweise Reduzierung der Körperschaftsteuer vorziehen.
- 73 ▪ Wir wollen die Gewerbesteuer vereinfachen, indem wir Hinzurechnungen und
- 74 Kürzungen abbauen und die Bemessungsgrundlagen der Gewerbesteuer und
- 75 der Einkommen- und Körperschaftsteuer vereinheitlichen. Zudem wollen wir,
- 76 dass zukünftig das für den Unternehmenssitz zuständige Finanzamt das ge-
- 77 samte Verfahren abwickelt und die Steuereinnahmen aufkommensneutral,
- 78 transparent und rechtssicher den Standortkommunen zuweist. Hebesatzrecht
- 79 und Ertragshoheit der Kommunen bleiben unberührt.
- 80 ▪ Die letzte Erhöhung der Luftverkehrsteuer wird wieder zurückgenommen. Da-
- 81 mit wird Fliegen wieder günstiger und der Luftverkehrsstandort Deutschland
- 82 gestärkt.
- 83 ▪ Wir wollen das Unternehmenssteuerrecht vereinfachen. Wir setzen uns bspw.
- 84 dafür ein, Gold-Plating von EU-Vorgaben in diesem Bereich zurückzuführen.
- 85 ▪ Die CDU-geführte Bundesregierung muss schnellstmöglich ihren Prüfauftrag
- 86 umsetzen, ob und wie ab 2027 die gewerblichen Einkünfte neu gegründeter
- 87 Unternehmen unabhängig von ihrer Rechtsform in den Geltungsbereich der
- 88 Körperschaftsteuer fallen können.

Bewertung WR:

Aus Sicht des Wirtschaftsrates sind die steuerpolitischen Forderungen der Mainzer Erklärung weitgehend bekannt. Die vorgebrachten Forderungen gehen grundsätzlich in die richtige Richtung und weisen eine große Übereinstimmung mit den Positionen des Wirtschaftsrates auf. Deutlich wird zudem, dass der Wirtschaftsrat in einzelnen Punkten (etwa bei der Forderung zur Reform der Gewerbesteuer) erkennbar als Ideengeber fungiert hat.

Darüber hinaus mangelt es jedoch an neuen Impulsen. Der einzige neue Impuls ist die Vorziehung der Körperschaftsteuersenkung. Diese Forderung erhebt der Wirtschaftsrat bereits seit längerer Zeit und sie wurde zuletzt von der CSU im Rahmen ihrer Beschlüsse in Kloster Seeon aufgegriffen.

89 **Wachstum „Made in Germany“ – mit besseren Anreizen für Leistung und Arbeits-**

90 **aufnahme!**

91 Deutschland muss wieder zu einem attraktiven Arbeitsort für inländische und

92 ausländische Fachkräfte werden. Den Wettbewerb um die klügsten Köpfe der

93 Welt gewinnen wir nur, wenn sich Leistung mehr als bisher auszahlt. Wir wollen

94 daher diejenigen entlasten, die jeden Tag Leistung erbringen und so den Laden

95 am Laufen halten. Und wir wollen Anreize setzen, damit sich das Arbeiten lohnt.

- 96 Dazu hat die CDU-geführte Bundesregierung bereits einige Maßnahmen umge-
97 setzt:
- 98 ▪ Seit 1. Januar 2026 gibt es die Aktivrente. Wer das gesetzliche Rentenalter er-
99 reicht und freiwillig sozialversicherungspflichtig arbeitet, erhält sein Gehalt
100 bis zu 2.000 Euro im Monat steuerfrei – zusätzlich zum Grundfreibetrag.
- 101 ▪ Die Entfernungspauschale wurde auf 38 Cent ab dem ersten Kilometer erhöht.
102 So stärken wir Pendlerinnen und Pendler und damit vor allem unsere Leis-
103 tungsträger im ländlichen Raum.
- 104 ▪ Die Ehrenamts- und die Übungsleiterpauschale wurden deutlich erhöht. Damit
105 stärken wir alle, die ehrenamtlich tätig sind.
- 106 ▪ Die Landwirte bekommen mehr Unterstützung: Ab 2026 dürfen ausländische
107 Erntehelfer 90 statt 70 Tage sozialversicherungsfrei in Deutschland arbeiten.
108 Unser Ziel ist, weitere Entlastungen und Arbeitsanreize umzusetzen:
- 109 ▪ **Wir wollen die Einkommensteuer für kleine und mittlere Einkommen zur Mitte**
110 **der Legislaturperiode senken.**
- 111 ▪ **Wir wollen Überstundenzuschläge steuerfrei stellen.**
- 112 ▪ **Die Neue Grundsicherung für Arbeitsuchende ersetzt das Bürgergeld. Damit**
113 **gilt wieder das richtige Prinzip von Fördern und Fordern.** Wer seinen Mitwir-
114 **kungspflichten bei der Jobsuche nicht nachkommt, muss mit Konsequenzen**
115 **bis zur vollständigen Streichung der Leistungen rechnen.** Die Bekämpfung des
116 **Sozialstaatsmissbrauchs wird intensiviert.** Es gilt klarzustellen, wer aus dem
117 **EU-Ausland tatsächlich als Arbeitnehmer gilt.**
- 118 ▪ **Wir wollen die Hinzuerdienstregeln für Grundsicherungsempfänger verbes-**
119 **sern, damit sich die Arbeitsaufnahme noch mehr lohnt.**
- 120 ▪ **Mit der Work-and-Stay-Agentur zur Fachkräfteeinwanderung wollen wir die**
121 **Anwerbung von Fachkräften vereinfachen.**
- 122 ▪ **Unser Ziel bleibt weiterhin, den Solidaritätszuschlag vollständig abzuschaffen.**

Bewertung WR gemeinsam mit dem Folgekapitel.

123 Wachstum „Made in Germany“ – mit niedrigeren Lohnzusatzkosten und mehr **124 Flexibilität im Arbeitsmarkt!**

- 125 Was für Steuern gilt, gilt umso mehr für Sozialversicherungsbeiträge. **Weltspitze**
126 **bei den Arbeitskosten und Weltspitze bei der Wettbewerbsfähigkeit passen auf**
127 **Dauer nicht zusammen.** Die Lohnzusatzkosten müssen daher auf ein wettbe-
128 **werbsfähiges Niveau reduziert werden.** Und wir **brauchen mehr Flexibilität im**
129 **Arbeitsmarkt.** So wird Deutschland für Fachkräfte und Unternehmen attraktiver.
130 Die CDU-geführte **Bundesregierung hat bereits Kommissionen eingesetzt**, um die
131 Sozialversicherungen zukunftsfest zu machen:
- 132 ▪ **Die Rentenkommission ist eingesetzt** und erarbeitet bis Ende des ersten Halb-
133 **jahres 2026 Vorschläge für Reformen in der Alterssicherung.**
- 134 ▪ **Die Finanzkommission erarbeitet bereits bis Ende März 2026 erste Vorschläge**
135 **zur Stabilisierung der Beiträge zur Gesetzlichen Krankenversicherung.** Bis
136 **Ende 2026 soll sie ihren Abschlussbericht vorlegen.**
- 137 ▪ **Eine Bund-Länder-Kommission hat bereits Vorschläge für Reformen in der So-**
138 **zialen Pflegeversicherung vorgelegt.**

139 Unser Ziel ist, Reformen der Sozialversicherungen schnellstmöglich umzusetzen
140 und mehr Dynamik am Arbeitsmarkt zu entfesseln:
141 ▪ Oberstes Ziel der Kommissionen muss es sein, Vorschläge auszuarbeiten, wie
142 die Sozialversicherungsbeiträge stabilisiert werden können.
143 ▪ Die Rentenkommission soll bis Ende Juni 2026 wirksame Vorschläge zur Sta-
144 bilisierung des Rentensystems machen. Dabei ist für uns wichtig, dass auch
145 Vorschläge zur Reduzierung von Anreizen zum frühen Renteneintritt vorgelegt
146 werden.
147 ▪ Die eingesetzte Finanzkommission zur Gesetzlichen Krankenversicherung
148 muss ihre Arbeit noch im Jahr 2026 abschließen. Im Vordergrund sollen Effi-
149 zienzgewinne auf der Ausgabenseite stehen, die alle Bereiche umfassen. Es
150 darf keine Tabus geben.
151 ▪ Es darf nicht bei Papieren bleiben. Die Politik darf die Verantwortung nicht ein-
152 fach an Kommissionen delegieren. Die Ergebnisse der Kommissionen müssen
153 in mutigen Strukturreformen münden, die zügig angegangen werden.
154 ▪ Wir wollen das Arbeitszeitgesetz flexibilisieren: Zukünftig soll es eine wö-
155 chentliche Höchstarbeitszeit anstelle einer täglichen Höchstarbeitszeit geben.
156 ▪ Auch wollen wir den Kündigungsschutz für Spitzenkräfte flexibilisieren, um
157 die Durchlässigkeit auf dem Arbeitsmarkt zu erhöhen.

Bewertung WR:

Die Analyse ist korrekt, dass eine Verminderung der Steuern- und Abgabenlast entscheidend für die Attraktivität des Arbeitsstandortes Deutschland ist.

Wichtige Punkte zur Entlastung werden als Ziele herausgestellt, beispielsweise Einkommensteuerentlastungen und Begrenzungen der Sozialabgaben sowie die Stärkung der Arbeitsanreize durch eine neue Grundsicherung. Gerade bei den Entlastungen für Leistungsträger wäre jedoch mehr Konsequenz wünschenswert gewesen. So wird die vollständige Abschaffung des Solidaritätszuschlages nur relativ vage als „Ziel“ angesprochen. Zudem verweist die Erklärung auf verschiedene Kommissionen, wobei deren Einrichtung an sich kein Erfolg ist, zumal vielfach kein Erkenntnisproblem besteht, sondern ein Umsetzungsproblem. Beispielsweise zur Alterssicherung liegen die erforderlichen Daten, empirischen Analysen und Reformvorschläge seit vielen Jahren vor. Es geht um deren Umsetzung. Die Erklärung drückt sich jedoch darum, entscheidende Weichenstellungen klar beim Namen zu nennen (Erhöhung des Renteneintrittsalters, Rücknahme erfolgter Rentengeschenke).

Einige Finanzierungsvorschläge der Bund-Länder-Arbeitsgruppe zur sozialen Pflegeversicherung sind nicht realistisch. Wir benötigen eine verstärkte private Vorsorge sowie den Mut, eine tiefgreifende Pflegereform anzustoßen.

Die steuerliche Freistellung von Überstundenzuschlägen klingt zwar zunächst gut, erfordert aber als vorherige Voraussetzung die umfassende Pflicht zur Arbeitszeiterfassung. Auch wegen des damit verbundenen bürokratischen Aufwandes ist diese abzulehnen. Die Ansätze zur Flexibilisierung des Arbeitsmarktes sind grundsätzlich positiv zu bewerten. Ergänzt werden sollte jedoch die Rücknahme der Einschränkungen für die Zeitarbeit.

158 **Wachstum „Made in Germany“ – mit sicherer und günstiger Energie!**

159 Energie ist ein entscheidender Produktionsfaktor. Nur wenn wir eine sichere
160 **Energieversorgung mit wettbewerbsfähigen Preisen sicherstellen, wird Deutsch-**
161 **land für Unternehmen und Investitionen attraktiv und ein Industrieland bleiben.**
162 **Dabei sind wir für Technologieoffenheit bei der Erzeugung von Energie.**

163 Die CDU-geführte Bundesregierung hat zum 1. Januar 2026 Wirtschaft und Ver-
164 braucher bei den Energiekosten entlastet:

- 165 ▪ **Die Gasspeicherumlage ist abgeschafft. Somit werden alle Verbraucher bei den**
166 **Gaskosten entlastet.**
- 167 ▪ **Die deutliche Reduzierung der Netzentgelte entlastet alle Unternehmen und**
168 **privaten Haushalte.**
- 169 ▪ **Die Stromsteuer sinkt für Unternehmen des produzierenden Gewerbes und**
170 **der Land- und Forstwirtschaft auf das zulässige EU-Mindestniveau.**
- 171 ▪ Mit der Kraftwerkstrategie soll der Rahmen für Investitionen in moderne,
172 hochflexible und klimafreundliche Kraftwerke geschaffen werden. Dazu muss
173 insbesondere die beihilferechtliche Klärung mit der EU-Kommission zügig ab-
174 geschlossen werden. Neue Gaskraftwerke werden einen wichtigen Beitrag zur
175 Versorgungssicherheit leisten. Zudem ist der Weg frei für die Speicherung von
176 Kohlenstoff. So wird klimaneutrales und wettbewerbsfähiges Wirtschaften in
177 Deutschland ermöglicht.

178 Unser Ziel sind weitere **Entlastungen bei den Energiekosten**:

- 179 ▪ Wir wollen die Stromkosten weiter reduzieren. Dazu werden wir z.B. besser
180 und günstiger bauen und so alle Einsparpotenziale beim Netzausbau nutzen.
- 181 ▪ Um die Energieinfrastruktur schneller und günstiger auszubauen, wollen wir
182 Planungs- und Genehmigungsverfahren drastisch beschleunigen.
- 183 ▪ **Zur Entlastung der energieintensiven Industrie wollen wir die Strompreiskom-**
184 **pensation auf weitere Branchen ausdehnen. Sofern es beihilferechtlich mög-**
185 **lich ist, soll die Beihilfeintensität erhöht werden.**
- 186 ▪ Für energieintensive Unternehmen vor allem im Mittelstand, die von den bis-
187 herigen Vergünstigungen nicht hinreichend profitieren, wird ein Industries-
188 trompreis mit einem Zielpreis von etwa 5 ct/kWh für die geförderte Strom-
189 menge eingeführt.
- 190 ▪ Mit dem Energieinfrastrukturfonds unter dem Dach des Deutschlandfonds
191 müssen attraktive Finanzierungs- und Beteiligungsmöglichkeiten geschaffen
192 werden, um Investitionen in Energienetze, Speicher und den **Ausbau der er-**
193 **neuerbaren Energien zu ermöglichen**. Gleichermaßen müssen bei diesen In-
194 vestitionen und Beteiligungen an unserer **kritischen Infrastruktur höchste**
195 **Qualitäts- und Sicherheitsmaßstäbe** angelegt werden.
- 196 ▪ Die Reduzierung der Stromsteuer für alle soll schnellstmöglich kommen. Un-
197 ser Ziel ist, die von der EU vorgegebenen Mindeststeuersätze bei der Strom-
198 steuer abzuschaffen.
- 199 ▪ **Wir wollen die letzte Novelle des Gebäudeenergiegesetzes („Heizungsgesetz“)**
200 **abschaffen.**
- 201 ▪ **Wir wollen Erneuerbare Energie markt- und systemdienlich fördern sowie**
202 **Netze, Erneuerbare Energie und dezentrale Flexibilität synchron ausbauen.**

Bewertung WR:

Die im Papier betonte Technologieoffenheit bei der Energieerzeugung ist ausdrücklich zu begrüßen. Positiv ist insbesondere, dass keine einseitige Festlegung auf einzelne Energieträger erfolgt. Dadurch bleibt der notwendige Spielraum erhalten, um – je nach technologischem Fortschritt, Versorgungslage und Wirtschaftlichkeit – auch Kernenergie zur Stromerzeugung sowie konventionelle und synthetische Kraftstoffe als Mobilitätsenergie in die energiepolitische Gesamtstrategie einzubeziehen. Eine solche Offenheit ist Voraussetzung für Versorgungssicherheit, Wettbewerbsfähigkeit und langfristige Investitionsentscheidungen.

Bei den angekündigten Entlastungen bei den Energiekosten ist allerdings eine differenzierte Betrachtung erforderlich. In vielen Fällen handelt es sich volkswirtschaftlich zunächst um eine Verschiebung von Kosten, nicht um eine strukturelle Senkung. Die Absenkung der Stromsteuer für das produzierende Gewerbe zum 1. Januar 2026 kann – abhängig von der konkreten haushalterischen Gegenfinanzierung – als reale Entlastung bewertet werden, wenngleich das Volumen von rund 3 Mrd. Euro gesamtwirtschaftlich nur begrenzte Effekte entfalten dürfte. Demgegenüber werden bei der Abschaffung der Gaspeicherumlage, der Reduzierung der Netzentgelte sowie beim geplanten Industriestrompreis und weiteren Kompensationsmaßnahmen die Kosten im Ergebnis von den Energieverbrauchern auf den Steuerzahler verlagert. Erfolgt die Gegenfinanzierung über den Klima- und Transformationsfonds, werden die Belastungen zudem teilweise auf Käufer von CO₂-Zertifikaten übertragen. Eine nachhaltige Senkung der Energiekosten erfordert daher über kurzfristige Entlastungen hinaus strukturelle Reformen.

Kritisch zu bewerten ist die weiterhin starke Fokussierung auf den Ausbau und die Förderung erneuerbarer Energien als nahezu alleiniger Lösungsansatz. Selbst bei einer erheblichen Ausweitung der installierten Kapazitäten bleibt Deutschland in Dunkelflauten sowie über weite Teile des Jahres – insbesondere in den Wintermonaten – auf konventionelle Kraftwerke und Stromimporte angewiesen. Wirtschaftlich tragfähige saisonale Speicherlösungen werden auf absehbare Zeit nicht in ausreichendem Umfang zur Verfügung stehen. Vor diesem Hintergrund sollte die Kraftwerksstrategie konsequent technologieoffen ausgestaltet werden. Dazu gehört, Investitionen in moderne Gaskraftwerke sowie in Kernenergie und CCS-/CCU-fähige Technologien zu ermöglichen und durch eine verlässliche, investitionsfreundliche Regulierung abzusichern. Nur so lassen sich Versorgungssicherheit, Klimaziele und internationale Wettbewerbsfähigkeit dauerhaft miteinander in Einklang bringen.

Leider wird nicht ausgeführt, wie die höchsten Qualitäts- und Sicherheitsmaßstäbe bei der kritischen Infrastruktur konkret aussehen und welche Infrastrukturen hierbei eigentlich gemeint sind. Zudem ist die Aussage zur Abschaffung der letzten Novelle des Gebäudeenergiegesetzes nicht ausreichend präzise. Es braucht auf Grundlage der bisherigen Regelungen ein technologieoffenes Wärmewendegesetz, das unterschiedliche klimafreundliche Lösungen zulässt, Innovationen fördert und Investitionen über marktwirtschaftliche Anreize statt über Verbote lenkt.

203 **Wachstum „Made in Germany“ – mit weniger Bürokratie und mehr Geschwindigkeit!**

205 Ein attraktiver Wirtschaftsstandort bietet Unternehmen Chancen und legt ihnen
206 keine Steine in den Weg. Unsere Unternehmen verdienen mehr Zutrauen anstatt

207 Misstrauen. Damit sie in Deutschland mehr Freiräume für ihr Kerngeschäft ha-
208 ben, müssen wir Bürokratie deutlich reduzieren. Mehr Zeit für Investitionen und
209 Innovationen und weniger für Papierkram muss unser Ziel sein.

210 Die CDU-geführte Bundesregierung hat bereits den Bürokratierückbau begon-
211 nen. Damit wird Bürokratie für Unternehmen, Bürgerinnen und Bürger sowie
212 Verwaltung im Umfang von mehr als 3 Milliarden Euro abgebaut, Prozesse wer-
213 den schneller, flexibler und digitaler:

- 214 ▪ Mit dem Gesetz zur Beschleunigung des Wohnungsbaus und zur Wohnraumsi-
215 cherung wurde der Bau-Turbo gezündet. Bauauflagen können von den Kom-
216 munen reduziert werden, sodass Wohnungen schneller gebaut werden kön-
217 nen. Mit der Baugesetzbuch-Novelle werden weitere grundlegende Vereinfa-
218 chungen und Beschleunigungen geschaffen.
- 219 ▪ Der Ausbau von Glasfaser- und Mobilfunknetzen liegt ab sofort im überragen-
220 den öffentlichen Interesse. So wird der Netzausbau beschleunigt und Versor-
221 gungslücken werden geschlossen.
- 222 ▪ Die Berichtspflichten im nationalen Lieferkettengesetz entfallen.
- 223 ▪ Bankenrichtlinienumsetzungs- und Bürokratieentlastungsgesetz (BRUBEG)
224 vereinfachen die Kreditvergabe vor allem für kleinere und mittlere Unterneh-
225 men.
- 226 ▪ Mit der Abschaffung der Stoffstrombilanzverordnung werden landwirtschaft-
227 liche Betriebe entlastet.
- 228 ▪ Mit der Föderalen Modernisierungsagenda vom 4. Dezember 2025 wurde ein
229 weiteres Maßnahmenpaket für Bürokratieentlastungen und einen modernen
230 Staat auf den Weg gebracht. Es soll gemeinsam mit den Ländern zügig umge-
231 setzt werden.

232 Unser Ziel ist, die Bürokratiekosten für die Wirtschaft um 25 Prozent zu reduzie-
233 ren und den Erfüllungsaufwand für Unternehmen, Bürgerinnen und Bürger so-
234 wie Verwaltung um mindestens zehn Milliarden Euro zu senken:

- 235 ▪ Wir wollen die Erforderlichkeit aller Berichts- und Auskunftspflichten zulasten
236 der Wirtschaft kritisch überprüfen mit dem Ziel, mindestens ein Drittel dieser
237 Pflichten abzuschaffen und so einen Beitrag zur Entlastung der Wirtschaft von
238 Bürokratiekosten zu leisten.
- 239 ▪ Die einzelnen Maßnahmen wollen wir in mindestens einem Bürokratierück-
240 baugesetz pro Jahr bündeln.
- 241 ▪ Wir wollen neue Gesetze mit Praxischecks auf Herz und Nieren prüfen. So ver-
242 meiden wir Bürokratie von vornherein.
- 243 ▪ Wir wollen, dass alle Anträge und Behördengänge für Bürger und Unterneh-
244 men auf einer Plattform digital gebündelt werden (One-Stop-Shop).
- 245 ▪ „Once Only“ wollen wir zur Regel machen. So sorgen wir dafür, dass Bürger und
246 Unternehmen ihre Daten gegenüber dem Staat nur einmal angeben müssen.
- 247 ▪ Wir wollen Vorgaben zur Energieeffizienz auf das EU-Mindestmaß zurückfüh-
248 ren.
- 249 ▪ Wir wollen Genehmigungsverfahren verkürzen und die Möglichkeiten des Ver-
250 bandsklagerechts auf EU-Mindestmaß senken und sorgen zugleich für
251 schnelle, rechtssichere Verfahren mit verbindlichen Fristen.
- 252 ▪ Zudem wollen wir die Bonpflicht und Verpflichtungen zur Bestellung von Be-
253 trieben beauftragten abschaffen.
- 254 ▪ Wir wollen das nationale Lieferkettengesetz gänzlich abschaffen. Die europäi-

- 255 sche Richtlinie muss bürokratiearm und vollzugsfreundlich sein.
- 256 ▪ Wir wollen ein sofortiges Moratorium von mindestens zwei Jahren für alle
257 neuen Statistikpflichten erlassen. Zudem wollen wir zahlreiche bestehende
258 Statistikpflichten aussetzen und nationale Übererfüllung von EU-Vorgaben be-
259 seitigen. Doppelstrukturen bei Statistikämtern müssen konsequent abgebaut
260 werden.
- 261 ▪ Wir wollen alle manuell zu erfüllenden Statistikpflichten aussetzen, bis sie di-
262 gital erfüllt werden können.
- 263 ▪ Wir wollen unnötige Steuerbürokratie abbauen und dabei die Ergebnisse der
264 BMF-Expertenkommissionen berücksichtigen.
- 265 ▪ Wir wollen vom Instrument der Genehmigungsfiktion mehr Gebrauch machen
266 und dafür das bestehende Regel-Ausnahme-Verhältnis umkehren: Sofern
267 Fachrecht explizit nichts anderes regelt, soll eine Genehmigung nach Ablauf
268 von drei Monaten ab Einreichung der vollständigen Unterlagen als erteilt gel-
269 ten.
- 270 ▪ Wir wollen die Nutzung einfacher E-Mails weitestgehend für den Geschäftsver-
271 kehr zwischen Bürger und Verwaltung zulassen, ohne dass es der bisherigen
272 aufwändigen Verfahren der elektronischen Form bedarf.

Bewertung WR:

Die in der „Mainzer Erklärung“ aufgeführten bisherigen Maßnahmen der Bundesregierung zum Bürokratieabbau sind tatsächlich überwiegend positiv zu bewerten: Mit dem Ziel, den Erfüllungsaufwand um mindestens 25 Prozent und die Kosten für Wirtschaft und Gesellschaft um mindestens zehn Milliarden Euro zu senken, wurde ein klares Signal gesetzt. Insbesondere das Bundesministerium für Digitales und Staatsmodernisierung hat mit den Modernisierungsagenden Bund und Föderal wichtige Maßnahmen vorgelegt, die nun konsequent umgesetzt werden müssen. Auch die Aussetzung des nationalen Lieferkettengesetzes ist ein richtiger Schritt, seine vollständige Abschaffung bleibt aus Sicht der Wirtschaft jedoch zwingend erforderlich. Zugleich muss sich die Bundesregierung auf europäischer Ebene dafür einsetzen, die Lieferkettenrichtlinie deutlich zu entschlacken und bürokratiearm in nationales Recht zu überführen.

Die in der „Mainzer Erklärung“ formulierten Ziele weisen in die richtige Richtung, bleiben jedoch vielfach zu wenig konkret und unvollständig. Für den Wirtschaftsrat ist entscheidend, den Staat nicht nur von Bürokratie zu entlasten, sondern Verwaltung insgesamt zu modernisieren. Wachstum entsteht nur durch eine echte Staatsmodernisierung, die über punktuelle Entlastungsgesetze hinausgeht und strukturelle Reformen vorantreibt. Praxis- und Digitalchecks müssen daher verbindlicher Bestandteil des Gesetzgebungsprozesses werden, um neue Belastungen von vornherein zu vermeiden. Zudem sind Genehmigungsverfahren stärker zu beschleunigen, etwa durch konsequente Nutzung von Genehmigungsfiktionen.

Mit dem in der „Mainzer Erklärung“ adressierten Bankenrichtlinienumsetzungs- und Bürokratieentlastungsgesetz (BRUBEG) wird EU-Recht bzw. die CRD IV im nationalen Kreditwesengesetz (KWG) umgesetzt. Es ist also keine proaktive Initiative der Bundesregierung zur Verbesserung der Finanzierungsbedingungen für die Unternehmen. Positiv ist allerdings, dass der Gesetzesentwurf der Bundesregierung den strukturellen Besonderheiten des deutschen Bankenmarktes Rechnung trägt; das betrifft vor allem operative Aufwände für kleinere Institute. Gleichwohl könnte das BRUBEG auch für weitere Vereinfachungen und Verbesserung für Banken genutzt werden, so bspw. sinnvolle Verbesserungen bei den AGB-Bestimmungen für Banken

(Verzicht auf Schriftformerfordernisse). Dieser Punkt fehlt in der „Mainzer Erklärung“.

273 Wachstum „Made in Germany“ – mit einem modernen Staat!

274 Zu einem wettbewerbsfähigen Wirtschaftsstandort gehören auch eine moderne
275 Verwaltung und ein leistungsfähiger Staat. Wir wollen einen Staat, der weniger
276 als Lehrmeister und mehr als Dienstleister fungiert; einen Staat, der an den rich-
277 tigen Stellen schlank und an den richtigen Stellen stark ist. Wir wollen den Staat
278 einfacher, digitaler und erfolgreicher machen. Künstliche Intelligenz machen wir
279 zum Produktivitätsmotor in Mittelstand und Verwaltung – für schnellere Verfah-
280 ren, weniger Bürokratie und bessere Services. Dazu gehört auch, den Staatskon-
281 sum zu reduzieren.

282 Die CDU-geführte Bundesregierung hat neben den bereits zuvor genannten Bü-
283 rokratieentlastungen, die auch die Verwaltung entlasten und effizienter machen,
284 weitere Maßnahmen für einen modernen Staat umgesetzt:

- 285 ▪ Das neu gegründete Bundesministerium für Digitales und Staatsmodernisie-
286 rung setzt ein klares Zeichen: Digitalisierung wird ernst genommen. Deutsch-
287 land muss fit werden für die Zukunft.
- 288 ▪ Die Anzahl der Regierungsbeauftragten wurde mit Regierungsantritt mehr als
289 halbiert.
- 290 ▪ Es wurde eine Kommission zur Sozialstaatsreform eingesetzt, die gemeinsam
291 mit Ländern und Kommunen Vorschläge zur Modernisierung und Entbürokra-
292 tisierung des Sozialstaats vorlegen soll.
- 293 ▪ Mit der internetbasierten Fahrzeugzulassung „i-Kfz“ können Bürgerinnen und
294 Bürger ihr Fahrzeug online an-, ab- und ummelden. Das spart den Weg zur Zu-
295 lassungsstelle und die Wartezeit vor Ort. Zudem wurde der Digitale Fahrzeug-
296 schein eingeführt.

297 Unser Ziel ist, den Staat in vielen wichtigen Bereichen effizienter aufzustellen:

- 298 ▪ Wir wollen die Vorschläge der Kommission zur Sozialstaatsreform schnells-
299 tens umsetzen.
- 300 ▪ Nicht jede Aufgabe muss der Staat regeln, wir brauchen eine umfassende
301 Staatsinventur noch im Jahr 2026. Wir wollen Ausgaben des Bundes stärker
302 priorisieren, Ausgaben prüfen und vor allem ineffiziente Subventionen ab-
303 bauen. Denn ohne eine Priorisierung der öffentlichen Ausgaben werden wir
304 unsere Vorhaben nicht finanzieren können.
- 305 ▪ Wir wollen die Vergabe öffentlicher Aufträge beschleunigen.

Bewertung WR:

Die „Mainzer Erklärung“ greift hier eine wesentliche Grundsatzüberlegung des Wirtschaftsrates zum Hinterfragen der Staatstätigkeit auf. Entsprechend der Position des Wirtschaftsrates gehört zu einer Staatsmodernisierung vor allem, die Staatsaufgaben zu reformieren, um Aufgaben und Ausgaben zu hinterfragen und Rechtssetzung zu reduzieren. Politik und Staat müssen lernen, sich wieder zurückzunehmen und Vertrauen in Bürger, Unternehmen und Akteuren zu setzen.

306 **Wachstum „Made in Germany“ – mit mehr Freiräumen für neue Ideen!**

307 Deutschland gehört zu den führenden Innovationstreibern weltweit – dank eines
308 breiten Mittelstands mit Hidden Champions an der Spitze. Sie alle stehen für Qua-
309 lität und Langlebigkeit „Made in Germany“. Allerdings haben sich die Innovati-
310 onszüge deutlich verkürzt. Deshalb brauchen wir eine Kultur, die den Gründer-
311 geist der Forscher und Unternehmer neu entzündet, anstatt ihn mit Regulierung
312 zu ersticken. Damit Deutschland Innovationsland bleibt, müssen Forscher- und
313 Unternehmergeist sowie Gründermut gestärkt werden.

314 Die CDU-geführte Bundesregierung hat zur Förderung von Gründungen und In-
315 novationen bereits einige Maßnahmen umgesetzt:

- Die steuerliche Forschungszulage wurde deutlich ausgeweitet.
- Die Hightech-Agenda Deutschland richtet den Fokus auf die Zukunftsmärkte.
Strategische Schlüsseltechnologien werden stärker gefördert.
- Der verbesserte Zukunftsfonds stärkt den Markt für Wagniskapital durch In-
vestitionen in innovative Technologie-Startups in ihrer Wachstumsphase.
- Die Vergabeverfahren wurden vereinfacht, bspw. für Liefer- und Dienstleis-
tungsaufträge für außeruniversitäre Forschungseinrichtungen.
- Das Wissenschaftsfreiheitsgesetz wird flexibilisiert, so dass künftig auch sons-
tige gemeinnützige Forschungseinrichtungen vom Besserstellungsverbot aus-
genommen sind. Damit erhalten sie die Möglichkeit, internationale wissen-
schaftliche Spitzenkräfte anzuwerben und übertariflich zu vergüten.

327 Unser Ziel ist, die **Innovationskraft Deutschlands zu stärken**, technologische Sou-
328 veränität zu erlangen und unsere internationale Wettbewerbsfähigkeit zu si-
329 chern:

- Wir wollen Gründerschutzzonen einrichten, um Gründerinnen und Gründer
in der Startphase von Bürokratie zu befreien. Notarielle Prozesse bei Standard-
gründungen müssen digitalisiert und so vereinfacht werden, dass Gründun-
gen in 24 Stunden gelingen. So machen wir mehr Lust auf Unternehmertum.
- Mit dem Innovationsfreiheitsgesetz wollen wir bürokratische Hürden in der
Forschungsförderung umfassend abbauen und innovationsfreundlichere
Strukturen schaffen. Damit soll der Verwaltungsaufwand in der Forschung
deutlich reduziert und neuen Ideen mehr Freiraum gegeben werden.
- Für mehr Ausgründungen aus Wissenschaftseinrichtungen sollen Forscherin-
nen und Forscher, die ihre Diensterfindungen in ein Gründungsprojekt über-
führen wollen, die Nutzungsrechte an ihnen behalten. Auch Musterverträge für
Kooperationen mit Startups sowie kleinen und mittleren Unternehmen er-
leichtern das Gründen.
- Wir wollen die steuerliche Forschungszulage weiter erhöhen und den Förder-
deckel für mittelgroße Unternehmen ausweiten. Um das Verfahren zu verein-
fachen, wollen wir Einzelfallprüfungen durch ein Fast-Track-Verfahren erset-
zen, so dass sie nur noch stichprobenartig geprüft werden. Wir wollen zudem,
dass die Prüfung der steuerlichen Absetzbarkeit von Zuwendungen für For-
schung schnell erfolgt.
- Mit einem Innovationsprivileg wollen wir Forschungsprojekten Vorfahrt vor
Belangen des Natur-, Tier- und Denkmalschutzes geben. Zudem wollen wir Ex-
perimentierräume schaffen, die es Forschungseinrichtungen und Unterneh-

352 men ermöglichen, bürokratiearm innovative Technologien, Produkte und
353 Dienstleistungen zu erproben.

- 354 ▪ Im Wissenschaftsfreiheitsgesetz wollen wir verankern, dass Forscherinnen
355 und Forscher nicht von Verteidigungsforschung oder Forschung mit doppel-
356 tem Verwendungszweck ausgeschlossen werden dürfen. Wir fordern die weni-
357 gen verbliebenen Länder auf, in Hochschulgesetzen verankerte Zivilklauseln
358 zu streichen. Angesichts zunehmender Bedrohungen müssen Synergien zwi-
359 schen militärischer und ziviler Forschung genutzt werden können.
- 360 ▪ Im Sinne der Technologieoffenheit wollen wir die Kernfusion stärker voran-
361 bringen. Wir wollen nicht nur die Forschung stärken, sondern auch den ersten
362 Fusionsreaktor der Welt bei uns in Deutschland entstehen lassen. Es ist wich-
363 tig, dass wir technologieoffen forschen und Deutschland so langfristig alle Op-
364 tionen für eine sichere, nachhaltige und kostengünstige Energieversorgung er-
365 möglichen.
- 366 ▪ Zugleich stärken wir Schlüsseltechnologien für industrielle Wertschöpfung –
367 insbesondere Batterie-, Speicher- und Wasserstofftechnologien sowie indust-
368 rielle Digitalisierung.

Bewertung WR:

Weder der Staat noch anderweitige Organisationen können wissen, welche Märkte tatsächlich „zukunftsfähig“ sind, wie es die „Mainzer Erklärung“ suggeriert. Die Politik sollte sich daher darauf fokussieren, Bildung, Innovation, Investitionen in den Kapitalstock und das Humankapital zu fördern und die Kosten des Scheiterns deutlich zu reduzieren. Dies muss durch kluge und moderne Regulierungen und Institutionen geschehen.

Die „Mainzer Erklärung“ verweist auf den Zukunftsfonds, lässt aber den Deutschlandfonds als Thema aus. Tatsächlich wird mit dem Deutschlandfonds die Unterstützung von Scale-ups zusätzlich in der Wachstumsphase gestärkt und der Zukunftsfonds II flankiert. Beim Deutschlandfonds treten über die KfW private Kapitalgeber hinzu, mit denen eine marktorientierte Selektion von investitionswürdigen Scale-ups ermöglicht wird. Private Investoren kommen und bleiben nur, wenn Deutschland zukunftsfähig wird.

Kritisch: In der „Mainzer Erklärung“ fällt negativ auf, dass das klare Bekenntnis zur Mobilisierung privaten Kapitals fehlt! Dieses war im Koalitionsvertrag noch explizit gefordert; beim Errichtungsgesetz zum Sondervermögen hat der Bundesfinanzminister bewusst die Mobilisierung privaten Kapitals ausgeklammert. Zudem müssen sie auch eine Rendite erwirtschaften, was auch in einem volkswirtschaftlichen Interesse ist. Allerdings wird der deutsche Investitionsmarkt nur dann für internationale Kapitalgeber attraktiv, wenn Deutschland bereit für Strukturreformen und eine Modernisierungsagenda ist.

369 **Wachstum „Made in Germany“ – mit starkem EU-Binnenmarkt und freiem Han-
370 del!**

371 Europa ist unser Heimatmarkt. Für den wirtschaftlichen Erfolg Deutschlands und
372 Europas sind die vier Freiheiten des EU-Binnenmarkts elementar: für Arbeitneh-

373 mer, Güter, Dienstleistungen und Kapital. Der EU-Binnenmarkt muss wieder
374 Wachstum ermöglichen, anstatt es durch Bürokratie zu behindern. Das bedeutet:
375 Barrieren abbauen und Zusammenarbeit vertiefen. Da knapp die Hälfte aller
376 deutschen Exporte in Nicht-EU-Staaten geht, sind gute Handelsbeziehungen mit
377 möglichst vielen Staaten weltweit für uns besonders wichtig. Eine regelbasierte
378 und strategisch ausgerichtete Handelspolitik stärkt somit nicht nur die wirt-
379 schaftliche Resilienz Deutschlands und Europas; sie kann zudem Abhängigkeit
380 reduzieren und eröffnet unseren Unternehmen neue Chancen auf neuen Märk-
381 ten.

382 Die CDU-geführte Bundesregierung hat hierzu bereits einige Maßnahmen auf den
383 Weg gebracht:

- Es wurde eine deutliche Abschwächung der Nachhaltigkeitsberichterstattung und der Lieferkettenrichtlinie im Omnibus-I-Paket erzielt.
- Auf Drängen des Bundeskanzlers wurde das Omnibus-Paket zu den Digital- und Datengesetzen von der EU-Kommission auf den Weg gebracht. Es soll Belastungen für die Wirtschaft abbauen.
- Wirtschaftspartnerschaftsabkommen mit Elfenbeinküste, Ghana, den Staaten der Entwicklungsgemeinschaft des südlichen Afrikas und Zentralafrika sowie Investitionsschutzabkommen mit Vietnam und Singapur wurden ratifiziert.
- Zudem wurde das fortgeschrittene Rahmenabkommen der EU mit Chile ratifiziert.
- Das Verbrenner-Verbot soll abgeschafft werden. Die CDU-geführte Bundesregierung setzt sich bei der Europäischen Kommission dafür ein, dass auch nach 2035 hocheffiziente Verbrenner-Motoren verkauft werden können. Auch bei der Flottenregulierung soll es eine Kurskorrektur geben. Quoten bei der Flottenregulierung lehnen wir ab. Das sind wichtige Signale für die Automobilindustrie, die vielen Zulieferbetriebe und ihre Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

401 Unser Ziel ist, die **Wachstumskraft des europäischen Binnenmarkts und des Freihandels** besser auszuschöpfen:

- Wir wollen die bestehende Regulierung aus Brüssel massiv zurückbauen und künftige Überregulierung verhindern. Dazu braucht es einen sofortigen und weitgehenden Stopp für neue und laufende EU-Initiativen, die zu Belastungen europäischer Unternehmen führen.
- Mit einem „Anti-Gold-Plating-Gesetz“ wollen wir Regelungen zurücknehmen, die über europäisches Recht hinausgehen. Wir wollen eine starke Bürokratiebermese („One in, two out“) in Europa durchsetzen. Bestehende Berichtspflichten werden spürbar reduziert und an wenigen, klaren Kernnachweisen ausgerichtet.
- Wir wollen die Freihandelsabkommen mit MERCOSUR, Indien, Malaysia, Indonesien, Thailand, Australien sowie den Vereinigten Arabischen Emiraten endlich abschließen und transatlantische Handelsbeziehungen stärken. Neue Freihandelsabkommen sollten nicht mit sachfremden Themen wie Umwelt- und Sozialstandards überfrachtet und verstärkt als „EU only“-Abkommen verschiedet werden.
- Wir wollen mit den EU-Partnern gemeinsam weltweit strategische Rohstoffpartnerschaften eingehen, um die Resilienz unserer Wirtschaft zu stärken.

- 420 ▪ Wir wollen die EU als Energieunion mit Fokus auf Entwicklung und Genehmi-
 421 gung gemeinsamer, grenzüberschreitender Energienetze stärken. Hierbei soll
 422 es neben einer stärkeren Vernetzung nationaler Energiemarkte um den Hoch-
 423 lauf von Wasserstoff und weiteren Molekülen sowie die Erschließung von Ener-
 424 giepartnerschaften mit Drittländern gehen.
- 425 ▪ **Wir setzen uns für einen souveränen europäischen digitalen Binnenmarkt mit**
 426 **einheitlichen Regeln für Unternehmen ein.**
- 427 ▪ Wir unterstützen den Vorschlag der EU-Kommission, **ein sogenanntes 28. Re-**
 428 **gime im Unternehmensrecht einzuführen**, damit insbesondere innovative Un-
 429 ternehmen von den Potenzialen des europäischen Binnenmarkts stärker pro-
 430 fitieren. Sie brauchen Entlastungen von Verpflichtungen im Steuer-, Arbeits-
 431 und Insolvenzrecht.
- 432 ▪ Wir wollen die **Kapitalmarktunion weiterentwickeln**. Dazu unterstützen wir
 433 vor allem die **Verbesserung des Verbriefungsmarktes**, die **Harmonisierung der**
 434 **Kapitalmarktaufsicht und die Schaffung einer Europäischen Kapitalmarktinf-**
 435 **rastruktur**.
- 436 ▪ Wir wollen einen **EU-Binnenmarkt für Verteidigungsgüter mit gemeinsamen**
 437 **Exportregeln**. Es gilt, das sicherheitspolitisch zwingend Notwendige auch als
 438 einen wirtschaftlichen Impuls für Europa und Deutschland zu nutzen.

Bewertung WR:

Die in der „Mainzer Erklärung“ genannten weltweiten Rohstoffpartnerschaften, konsentiert als EU-Projekt, sind positiv zu bewerten. Dennoch sollte noch intensiver auf das Thema eingegangen werden: Es müssen konkrete Handlungsvorschläge hinsichtlich der Deregulierung von Umwelt- und Naturschutzvorgaben und von Genehmigungs- und Bauvorschriften ausgearbeitet und vorgelegt werden. Auch Investitionsanreize für die Rohstoff(wieder-)gewinnung und insbesondere auch -verarbeitung sollten ins Auge gefasst werden.

Die Maßnahmen zur Deregulierung in der EU (Omnibusse) sind eine zentrale Maßnahme, um die Wettbewerbsfähigkeit der EU zu stärken. Es ist daher positiv, dass die „Mainzer Erklärung“ sich für eine weitere Unterstützung der Maßnahmen ausspricht. Diese müssen zukünftig weitergetragen werden und weitere Bereiche umfassen (Bsp. Omnibus-Verfahren zur Finanzmarktregulierung). Auch das Bekenntnis „Gold-Plating“, also die Übererfüllung von EU-Recht bei der Umsetzung in nationales Recht, zukünftig zu verhindern, ist positiv. Es gilt, EU-Vorschriften pragmatisch und bürokratiearm umzusetzen. Lösen muss sich die CDU von Stichworten wie „one in, two out“. Für einen sinnvollen Abbau von Regulierung braucht es vielmehr einen holistischen Ansatz, um Gesetzgebung zu vereinfachen und Gesetze zu ermöglichen, die Bürokratie von vornherein verhindern.

Das Bekenntnis in der „Mainzer Erklärung“ zum Freihandel ist essenziell für die Bundesrepublik. Es ist daher gut, dass die derzeit in Verhandlung befindlichen Freihandelsabkommen abgeschlossen werden sollen. Das ist jedoch noch nicht ambitioniert genug. Es braucht auch darüber hinausgehende Wirtschaftspartnerschaften – insbesondere auch ein transatlantisches Freihandelsabkommen. Dabei müssen die Verhandlungsprozesse der EU deutlich effizienter werden. Handelsabkommen dürfen nicht mit Umwelt- und Sozialstandards überfrachtet werden. Es gilt, sich auf Handelsthemen in Handelsverträgen zu konzentrieren. Von politischen Stichworten wie „EU only“-Abkommen muss sich die CDU lösen und konkrete Politikvorschläge unterbreiten.

Richtig und wichtig ist, dass die „Mainzer Erklärung“ die stärkere Integration des EU-Binnenmarktes im Blick hat. Das sog. 28. Regime im Unternehmensrecht ist eine sehr sinnvolle Initiative, um die Skalierung von Unternehmensgründungen über den EU-Binnenmarkt zu erreichen. Unternehmen in der EU darf der Größenvorteil des Binnenmarktes nicht verschlossen werden; sie müssen entlang des Binnenmarktes wachsen können.

Ebenso positiv fällt das Bekenntnis zur Weiterentwicklung der Kapitalmarktunion mit ersten Handlungsschritten auf. Gleichwohl sind hier insbesondere die Nationalstaaten gefordert, nicht durch maximale Ansprüche einer Vollharmonisierung nationaler Regeln die Integration der Kapitalmärkte zu blockieren. Insbesondere hat Deutschland die Hausaufgabe, seinen nationalen Kapitalmarkt überhaupt zu vertiefen, um ihn in eine Kapitalmarktunion zu integrieren. Dabei geht es auch nicht um europäische Zentrallösungen in der Aufsicht.

Vor allem für unsere deutsche Wirtschafts- und Finanzierungsstruktur braucht es eine Brücke zwischen dem Kapitalmarkt und der Bankenfinanzierung. Hier hilft das Verbriefungsinstrument, wozu sich die „Mainzer Erklärung“ richtigerweise bekennt. Verbriefungen verschaffen Banken Freiräume in den Bilanzen und damit zusätzliche Möglichkeiten der Unternehmensfinanzierung. Wir brauchen einen Neustart des Verbriefungsmarktes, denn dieses Instrument gibt nicht nur Banken zusätzliche Finanzierungschancen für die Wirtschaft. Verbriefungen tragen auch zur Diversifizierung von Kreditrisiken bei, was für die Finanzierung von Transformation und Innovationen wichtig ist.

439 **Wachstum „Made in Germany“: Es macht einen Unterschied, wenn die CDU re-**
440 **giert!**

441 Wer auf die wirtschaftliche Lage schaut, in der sich unser Land befindet, erkennt:
442 Der politische Handlungsdruck ist enorm. Es braucht weitere Reformen für mehr
443 Innovationen und Investitionen, damit unsere Wirtschaft wieder stärker wächst,
444 ihre Wettbewerbsfähigkeit zurückgewinnt und Arbeitsplätze entstehen.
445 Unsere Gestaltungskraft in der Welt steht und fällt mit der wirtschaftlichen Stärke
446 Deutschlands. Wir können unsere Interessen nur mit ihr glaubwürdig und erfolg-
447 reich vertreten. Und diese Fähigkeit ist angesichts der Verschiebung der Macht-
448 zentren auf der Welt, die wir gerade erleben, wichtiger denn je. Mit den Reformen
449 wollen wir die Basis für den wirtschaftlichen Aufschwung schaffen. Wir wollen
450 die Soziale Marktwirtschaft zukunftsorientiert machen **Wir wollen Leistungsgerechtig-**
451 **keit, innovative Ideen, unternehmerisches Risiko und soziale Absicherung noch**
452 **besser miteinander verknüpfen.** Ja, der Handlungsdruck ist groß – wir müssen
453 handeln, um unseren Wohlstand und unser Gesellschaftsmodell zu bewahren.
454 Wir wollen, dass 2026 ein Aufschwungs- und Wachstumsjahr wird, dem weitere
455 erfolgreiche Jahre folgen. Es liegt noch ein langer Weg vor uns. Aber wenn wir alle
456 mit Mut und Zuversicht die Aufgaben angehen, die uns gestellt werden, werden
457 wir dauerhaft wirtschaftliche Erfolge feiern können. Unser Land muss sehen: Es
458 macht einen Unterschied, wenn die CDU regiert.

Wichtige Themen, die fehlen

Zentrale Themen wurden nicht erwähnt, die für die Innovationskraft unserer Wirtschaft und die Sicherheit unseres Landes unabdingbar sind:

Cybersicherheit wird im gesamten Dokument nicht als eigenständiger wirtschafts- oder sicherheitspolitischer Faktor behandelt. Angesichts zunehmender Cyberangriffe auf Unternehmen, kritische Infrastrukturen und staatliche Einrichtungen stellt dies eine erhebliche Leerstelle dar. Cybersicherheit ist heute eine Grundvoraussetzung für Investitionssicherheit, digitale Souveränität und wirtschaftliche Resilienz. Ohne klare strategische Aussagen, konkrete Maßnahmen und Investitionen bleibt der Anspruch eines modernen, wettbewerbsfähigen Wirtschaftsstandorts unvollständig.

Künstliche Intelligenz wird lediglich punktuell im Zusammenhang mit Verwaltungsmodernisierung erwähnt, jedoch nicht als Schlüsseltechnologie für Produktivität, industrielle Wettbewerbsfähigkeit und technologische Souveränität umfassend strategisch eingeordnet. Es fehlen Aussagen zu KI-Infrastruktur, Datenverfügbarkeit, regulatorischen Leitplanken, Qualifizierung sowie zur internationalen Positionierung Deutschlands im globalen KI-Wettbewerb.

Das Papier bleibt in Bezug auf Cybersicherheit und KI daher deutlich hinter der strategischen Bedeutung dieser Themen zurück. Für einen glaubwürdigen Wachstumspfad „Made in Germany“ müssen beide Bereiche künftig als eigenständige wirtschafts-, sicherheits- und innovationspolitische Handlungsfelder verankert werden. Ohne eine klare KI- und Cybersicherheitsstrategie drohen Wettbewerbsnachteile, wachsende Abhängigkeiten und Risiken für den Wirtschafts- und Technologiestandort Deutschland.

Auch die deutsche Ernährungswirtschaft steht vor großen Herausforderungen, die in der Erklärung nicht aufgenommen wurden. Die europäische und insbesondere auch deutsche Ernährungswirtschaft steht vor dem massiven Problem, dass sie durch Regulierungswut aus Europa – insbesondere in Gestalt des Green Deal – kaum mehr wettbewerbsfähig ist. Das hat sich u.a. in den Bauernprotesten entladen. Doch längst nicht nur bei Erzeugern herrscht dieser Eindruck, sondern entlang der gesamten Lieferkette sorgen verschiedene Richtlinien (CSDDD, CSRD, EUDR, das europ. Lebensmittelsicherheitsrecht usw.) dafür, dass Betriebe abwandern. Das Lebensmittelsicherheitsrecht muss so schnell wie möglich entschlackt werden. Die EUDR sollte samt Null-Risiko-Kategorie nochmals vereinfacht und bestenfalls abgeschafft werden. Sondersteuern auf Lebensmittel (Verpackungssteuer, Zuckersteuer, Sonderverbrauchssteuer) sind im Sinne der Wettbewerbsfähigkeit strikt abzulehnen. Der Staat muss den Handel als Partner zur Lösung seiner Probleme begreifen, nicht als Gegner.

Ein großer Konflikt in handelspolitischen Fragestellungen findet zudem auf der Achse Einzelhandel – Onlinehandel statt. Dieses Problem wird in diesem Papier nicht adressiert, was sehr zu bemängeln ist. Der Einzelhandel ist einer der wichtigsten Steuerzahler der Städte und das Rückgrat gesellschaftlicher Integration. Durch unfaire Handelspraktiken von Online-Plattformen und das schiere Verstoßen jener gegen Zoll- und Wettbewerbsauflagen entstehen hohe Kosten für hiesige Unternehmen. Es ist unabdingbar, dass geeignete ordnungspolitische Maßnahmen wie das Abschaffen der Zollgrenze und die Einführung der Gebühr pro Paket auf europäischer Ebene und unmittelbar auf nationaler Ebene umgesetzt werden, um der Paketflut entgegenzutreten und die Wettbewerbsfähigkeit des Mittelstands zu erhalten.